

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Peter Hettlich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/8824 –

Bestand bundeseigener Wohnungen und bundeseigener Wohnungsunternehmen

Vorbemerkung der Fragesteller

Öffentliche Wohnungsunternehmen erfüllen eine Vielzahl von Aufgaben und werden für verschiedene wohnungs-, sozial- und stadtentwicklungspolitische Aufgaben benötigt. Sie spielen insbesondere eine wesentliche Rolle in der Daseinsvorsorge, da sie wichtige Partner der öffentlichen Hand bei der Versorgung sozial Schwächerer bzw. von Haushalten mit Zugangsproblemen zum Wohnungsmarkt sind. Gleichzeitig helfen öffentliche Wohnungsunternehmen bei der Stabilisierung gefährdeter Stadtquartiere. Sie verfolgen in der Regel ein längerfristiges Interesse an der Aufwertung ihrer Wohnungen und der Wohnumgebung. Dabei sind sie verlässliche Partner bei Stadtteilprogrammen wie „Soziale Stadt“.

Verkäufe und Privatisierungen führen zu einem endgültigen und unwiderruflichen Verzicht auf ein wichtiges Instrumentarium bzw. strategisches Kapital der öffentlichen Hand. Der öffentliche Handlungsspielraum wird durch Verkäufe erheblich gemindert.

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Zahl privatisierter öffentlicher Wohnungen und Wohnungsunternehmen sollen in dieser Anfrage Anzahl und Zustand der bundeseigenen Wohnungen bzw. der Wohnungen von Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes sowie die weiteren Absichten des Bundes im Umgang mit dem Eigentum und den Beteiligungen erfragt werden.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Antworten der Bundesregierung ab Frage 4 der Kleinen Anfrage beruhen auf den Angaben der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt), Anstalt des öffentlichen Rechts und zentraler Immobiliendienstleister des Bundes, die Antworten auf die Fragen 9, 10 und 11 enthalten außerdem die Angaben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).

Im Übrigen sieht die Bundesregierung unter Bezugnahme auf die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages von der Beantwortung von Fragen ab, die

sich auf Liegenschaften im Eigentum von privatrechtlich organisierten, unternehmerisch eigenverantwortlichen Unternehmen in Mehrheits- oder Minderheitsbeteiligung des Bundes beziehen.

1. Welche Wohnungsunternehmen sind im vollständigen direkten Bundesbesitz (bitte namentlich aufschlüsseln)?

Es wurden alle Wohnungsgesellschaften privatisiert. Im Übrigen siehe Vorbemerkung der Bundesregierung (2. Satz).

2. Welche Wohnungsunternehmen befinden sich im Eigentum von Unternehmen mit einer Mehrheitsbeteiligung des Bundes (bitte namentlich aufschlüsseln)?

Siehe Vorbemerkung der Bundesregierung (2. Satz).

3. Welche Unternehmen mit Minderheitsbeteiligung des Bundes besitzen zu welchen Anteilen welche Wohnungsunternehmen (bitte Anteile aufschlüsseln)?

Siehe Vorbemerkung der Bundesregierung (2. Satz).

4. Wie viele Wohneinheiten fallen damit ganz oder teilweise in den Besitz des Bundes (bitte nach Wohnfläche aufschlüsseln, z. B. bis 25 m², 26 bis 50 m², 51 bis 80 m², 81 bis 100 m², größer als 100 m²)?

Im Besitz der Bundesanstalt befinden sich rund 50 000 Wohneinheiten.

Wohnfläche	in % des Gesamtbestands
bis 25 qm	2
26 qm bis 50 qm	14
51 qm bis 80 qm	47
81 qm bis 100 qm	21
größer als 100 qm	16

5. Plant der Bund die Anzahl der Wohneinheiten bzw. der Wohnungsunternehmen durch Verkäufe zu verändern?

Ja

6. Wenn ja, wie viele Wohnungen bzw. welche Unternehmen bzw. welche Anteile an solchen Unternehmen sollen verkauft werden, und in welcher Form (bitte aufschlüsseln nach Mieterprivatisierung, Verkäufe an Genossenschaften, Umwandlung von Beständen in Genossenschaften, Verkauf an andere öffentliche Wohnungsunternehmen, Verkauf an private Investoren aus dem In- und Ausland)?

In Abhängigkeit von der Aufnahmefähigkeit des Marktes und den portfoliostrategischen Entscheidungen der Bundesanstalt kommen – aus heutiger Sicht –

mittel- und langfristig sukzessive verteilt über die kommenden Geschäftsjahre bis zu 30 000 Wohneinheiten zur Veräußerung. Der konkrete Vertriebsweg wird von der Bundesanstalt in der Regel erst unmittelbar vor Beginn der Vermarktung festgelegt. In der Regel erfolgt der Verkauf an Wohnungsgesellschaften und andere Investoren (Geschoßwohnungsbau) bzw. Eigennutzer (z. B. Einfamilienhäuser/Mieterprivatisierung).

7. Plant der Bund die Anzahl der Wohnungen bzw. der Wohnungsunternehmen durch den Neubau oder Ankauf von Wohnungen zu verändern?

Nein

8. Wenn ja, in welcher Form, und in welcher Anzahl?

Siehe Antwort zu Frage 7.

9. Haben Bund und bundeseigene Unternehmen in den letzten Jahren Anteile an Wohnungen oder Wohnungsunternehmen verkauft?

Wenn ja, wie viele Wohnungen, Wohnungsunternehmen oder Anteile an solchen, und an wen wurden diese Wohnungen verkauft (bitte nach Anzahl, Unternehmen, Region und Käufer aufschlüsseln)?

Zur Veräußerung von früheren Wohnungsgesellschaften im Mehr- und/oder Minderheitsbesitz des Bundes wird auf die beigelegten Anlagen 1 und 2 verwiesen.

Die Bundesanstalt hat in den letzten Jahren zahlreiche Wohnungen überwiegend an private Investoren veräußert. Dabei hat sie für die Veräußerung von ca. 13 550 Wohneinheiten Erlöse in Höhe von rund 849 Mio. Euro erzielt. Einzelheiten sind der folgenden Aufstellung zu entnehmen.

Region	Verkaufte Wohneinheiten	Beurkundete Kaufpreise
Mecklenburg-Vorpommern	1 010	10 356 658,00 Euro
Schleswig-Holstein/Hamburg	745	78 658 502,00 Euro
Brandenburg	1 695	34 626 843,00 Euro
Berlin	3 066	307 753 659,00 Euro
Sachsen	714	8 645 715,00 Euro
Thüringen	420	2 295 612,00 Euro
Bayern	1 884	70 240 872,00 Euro
Baden-Württemberg	172	13 568 403,00 Euro
Hessen	107	15 576 199,00 Euro
Rheinland-Pfalz/Saarland	951	21 055 169,00 Euro
Nordrhein-Westfalen	1 524	234 617 870,00 Euro
Niedersachsen und Bremen	1 170	49 751 949,00 Euro
Sachsen-Anhalt	92	2 229 152,00 Euro
Gesamt	13 550	849 376 603,00 Euro

10. Warum wurden diese Wohnungen verkauft?

Die Veräußerung der genannten Wohnungsgesellschaften erfolgte auf der Grundlage der Privatisierungsentscheidung der Bundesregierung.

Die Bundesanstalt folgt dem Auftrag des Errichtungsgesetzes der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, wonach nicht betriebsnotwendige (für Zwecke des Bundes entbehrliche) Liegenschaften nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu veräußern sind.

11. Wie hoch waren die Verkaufserlöse (bitte aufschlüsseln)?

Siehe Antwort zu Frage 9.

12. Haben Bund und bundeseigene Unternehmen in den letzten Jahren ihren Wohnungsbestand durch Zukäufe erweitert?

Nein

13. Wenn ja, wie viele Wohnungen wurden zugekauft, und von wem (bitte nach Anzahl, Unternehmen, Region und Verkäufer aufschlüsseln)?

Siehe Antwort zu Frage 12.

14. Wenn ja, warum hielt der Bund es für notwendig, seinen Wohnungsbestand zu erweitern?

Siehe Antwort zu Frage 12.

15. Wie sind die Wohnungen in Bundesbesitz und in Besitz bundeseigener Unternehmen ausgestattet?

Die Erstaussstattung sowie Ergänzungsausstattungen im Rahmen größerer Instandsetzungen oder Modernisierungen von für Wohnungsfürsorgezwecke geeigneten Wohnungen der Bundesanstalt richtet sich nach den „Baufachlichen Bestimmungen für bundeseigene oder mit Bundesmitteln geförderte Wohnungen“ in der jeweils gültigen Fassung (letzter Stand: Dezember 2002), die vom BMVBS bekannt gegeben werden. Ein Austausch von gegebenenfalls abgängiger Ausstattung erfolgt unter Berücksichtigung der ortsüblichen Mindeststandards.

16. Wie hoch sind die Anteile behindertengerechter und seniorengerechter Wohnungen (bitte aufschlüsseln)?

Die von der Bundesanstalt verwalteten Mietwohnungen entsprechen grundsätzlich nicht dem Standard für barrierefreies Wohnen (insbesondere nach DIN 18024, 18025). Anträgen gemäß § 554a BGB von Mietern mit eingeschränkter Beweglichkeit wird im Einzelfall nach Maßgabe der genannten Rechtsnorm entsprochen. In diesem Zusammenhang erfüllen derzeit bundesweit 5 Wohnungen der Bundesanstalt die Standards für barrierefreies Wohnen.

17. Wie ist der energetische Standard der Wohnungen?

In der Regel entspricht dieser den gesetzlichen Vorgaben aus den jeweiligen Baujahren. In der Fachliteratur findet man Angaben zu Baukonstruktionen und den dazugehörigen energetischen Kennwerten, die den so genannten Baualtersklassen zugeordnet sind. Ein Großteil der Gebäude wurde vor 1977 errichtet, somit vor dem Inkrafttreten des ersten Energieeinspargesetzes. Über eine statistische Erhebung darüber, an wie vielen ihrer Wohnungen bislang Modernisierungen mit energetischer Auswirkung vorgenommen worden sind, verfügt die Bundesanstalt derzeit nicht.

18. Gibt es Wohnungen in Passivhausstandard oder Niedrighausstandard?

Die von der Bundesanstalt verwalteten Mietwohngebäude entsprechen (baualtersbedingt) nicht den Anforderungen, die an die Standards „Passivhaus“ oder „Niedrigenergiehaus“ zu stellen sind.

19. Wenn ja, wie viele (bitte nach Standard aufschlüsseln)?

Siehe Antwort zu Frage 18.

20. Sind in naher Zukunft Sanierungen der Wohnungsbestände geplant?

Die Bundesanstalt plant den allgemeinen Instandhaltungs- und Instandsetzungsbedarf für ihren Wohnungsbestand im Rahmen des baufachlich und mietrechtlich Erforderlichen. Soweit dabei auch energetische Maßnahmen einbezogen werden siehe Antworten zu den Fragen 21 und 22.

21. Wenn ja, welche?

Es steht eine Vielzahl von Maßnahmen zur Auswahl, um den Energieverbrauch von Wohnungsbeständen zu senken. Diese reichen vom Abschluss geeigneter Verträge (u. a. zur Energieversorgung), über geringinvestive Maßnahmen, eine vorausschauende Instandhaltung, spezifisch energetische Modernisierungen bis hin zu Konzepten zur Energiegewinnung. Welche Maßnahmen sich im Einzelfall am besten eignen, hängt vom Zustand des jeweiligen Gebäudes und seiner Lage im räumlichen Umfeld ab. Den Modernisierungsentscheidungen gehen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen voraus.

22. Gibt es ein Konzept zur energetischen Sanierung bundeseigener Wohnungen bzw. der Wohnungen bundeseigener Unternehmen?

Die Bundesanstalt erarbeitet zurzeit ein Konzept, wie ihr Wohnungsbestand weiterentwickelt werden kann, dabei werden auch energetische Maßnahmen einbezogen.

23. Wie sieht dieses aus, und bis wann sollen die Wohnungen in einen guten energetischen Zustand gebracht werden?

Voraussetzung und Grundlage des Konzeptes ist eine Gesamtanalyse und Gesamtbewertung des Bestandes im Rahmen des Portfoliomanagements. Für ausgewählte Wohnliegenschaften werden sorgfältige Prüfungen der wirtschaft-

lichen, rechtlichen, finanziellen, technischen und umweltbezogenen Gegebenheiten vorgenommen. Daraufhin werden verschiedene Alternativen von Maßnahmen gegenübergestellt. Diese werden im Rahmen einer Investitionsrechnung bewertet. Anschließend werden die Ergebnisse auf Plausibilität geprüft. Dabei werden auch nicht-monetäre Aspekte einbezogen und deren Auswirkungen untersucht. Am Ende steht eine begründete Entscheidung für eine bestimmte und geeignete energetische Maßnahme.

24. Welcher energetische Standard wird für die Wohnungen angestrebt?

Es wird der energetische Standard der Energieeinsparverordnung 2007 (EnEV 2007), wie er vom Gesetz- und Verordnungsgeber vorgegeben ist, angestrebt.

25. Gibt es für die Wohnungen schon Energieausweise?

Ja, für einen Teilbestand.

26. Wenn ja, für wie viele Wohnungen gibt es schon Energieausweise, und welchen (bedarfs- bzw. verbrauchsorientiert)?

Bundesland	bereits erstellte Verbrauchsausweise	bereits erstellte Bedarfsausweise	noch zu erstellende Verbrauchsausweise	noch zu erstellende Bedarfsausweise
Berlin	137	./.	400	582
Nordrhein-Westfalen	./.	./.	930	1 870
Sachsen, Thüringen	4	./.	118	9
Baden-Württemberg	35	./.	665	312
Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland	95	./.	855	350
Bremen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt	./.	3	1 574	741
München	233	./.	231	459
Brandenburg	37	./.	119	69
Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein	18	./.	275	114
gesamt	559	3	5 167	4 506

27. Wann ist geplant für die (restlichen) Wohnungen einen Energieausweis erstellen zu lassen, und welchen?

Die Fristen nach der EnEV 2007 werden eingehalten.

28. Wie hoch ist das Mietniveau (bitte aufschlüsseln nach Unternehmen und nach Region)?

Das Mietenniveau für die Wohnungen der Bundesanstalt ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

Bundesland	Durchschnittliche Miethöhe in Euro/m ² /Monat (netto-kalt)
Berlin	5,22 Euro
Nordrhein-Westfalen	4,80 Euro
Sachsen, Thüringen	4,35 Euro
Baden-Württemberg	4,79 Euro
Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland	4,62 Euro
Bremen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt	4,25 Euro
München	5,61 Euro
Brandenburg	4,23 Euro
Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein	4,59 Euro

29. Wie viel Prozent der Wohnungen haben eine Sozialbelegung?

Die Bundesanstalt verwaltet keine Wohnungen mit Sozialbelegung im Sinne des Wohnraumförderungsgesetzes.

30. Wie hoch sind die Leerstandsquoten?

Die Leerstandsquote für den Wohnungsbestand der Bundesanstalt (Geschäftsbereich 30/Wohnen) bitte ich der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Bundesland	Leerstandsquote in Prozent
Berlin	13,7 %
Nordrhein-Westfalen	9,6 %
Sachsen, Thüringen	15,4 %
Baden-Württemberg	2,9 %
Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland	16,9 %
Bremen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt	9,7 %
München	8,1 %
Brandenburg	9,1 %
Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein	8,9 %
gesamt	10,6 %

31. Wie sind Ausstattungsstandard, Sanierungszustand und energetischer Standard der leer stehenden Wohnungen?

Etwa 6,5 Prozent des leer stehenden Wohnungsbestandes ist zum Abriss vorgesehen, sodass keine Sanierungsmaßnahmen mehr geprüft oder durchgeführt werden.

Insbesondere bei etwa 25 Prozent des leer stehenden Wohnungsbestandes wird ein enger Zusammenhang des Leerstands mit dem veralteten und nicht mehr marktgerechten Ausstattungs- und Sanierungszustand gesehen. Im Rahmen ihres Portfoliomanagements beabsichtigt die Bundesanstalt eine Heranführung an den Marktstandard, soweit dies wirtschaftlich sinnvoll darstellbar ist.

Die übrigen $\frac{2}{3}$ der leer stehenden Wohnungen entsprechen hinsichtlich Ausstattungsstandard, Sanierungszustand und energetischem Standard im Wesentlichen dem des vermieteten Wohnungsbestandes (siehe Antwort zu Frage 15).

Bundeseisenbahnvermögen

Privatisierung der Eisenbahn-Wohnungsgesellschaften

Eisenbahn-Wohnungsgesellschaft (EWG) Anzahl Wohnungen (WE)	Stammkapital	Höhe der Bundesbeteiligung Weitere gesellschafter *)	Käufer / Kaufpreis für Bundesanteil / TDM	Verkaufsdatum
EWG Hamburg - 8.864 WE	23,598 Mio DM	23,594 Mio DM = 99,98 %	Nord LB Immobilien GmbH 427.598	Dezember 2000 / Januar 2001
EWG Hannover - 9.121 WE Zusätzlich Treuhandbestände des BEV in Mecklenburg- Vorpommern - 1.820 WE	22,139 Mio DM	22,128 Mio DM = 99,95 %	477.785 54.149	
Summe Nord LB -19.805 WE			959.532 TDM	
EWG Stuttgart - 6.492 WE	21,420 Mio DM	21,414 Mio DM = 99,97 %	LEG Baden-Württemberg mbH 253.567	Dezember 2000 / Januar 2001
EWG Münster - 3.871 WE	11,773 Mio DM	11,767 Mio DM = 99,90 %	LEG Nordrhein-Westfalen GmbH 243.911	Dezember 2000/ Januar 2001
EWG Saarbrücken - 2.253 WE	6,820 Mio DM	6,804 Mio DM = 99,77 %	LEG Saarland mbH 98.368	Dezember 2000 Januar 2001
EWG Herne - 6.075 WE	8,753 Mio DM	8,746 Mio DM = 99,92 %	TreuHandStelle für Bergmannswohn- stätten im rheinisch-westfälischen Steinkohlebezirk GmbH Essen 382.429	Dezember 2000 / Januar 2001
EWG Wuppertal - 4.166 WE	12,705 Mio DM	12,704 Mio DM = 99,99 %	WCM Beteiligungs- und Grundbesitz Aktiengesellschaft 239.896	Dezember 2000 / Januar 2001
EWG Berlin - 6.545 WE und Treuhandbestände des BEV in Brandenburg	21,000 Mio DM	20,999 Mio DM = 99,99 %	Investorengruppe Praijs, Drimmer, Baum und Pielen GbR 142.533	Dezember 2000 / Januar 2001

EWG München	- 5.431 WE	12,320 Mio DM	12,317 Mio DM = 99,97 %	Deutsche Annington (DAIG)	271.381	Dezember 2000 / Januar 2001
EWG Nürnberg	- 3.583 WE	14,351 Mio DM	14,332 Mio DM = 99,87 %		194.276	
EWG Augsburg	- 2.024 WE	5,700 Mio DM	5,699 Mio DM = 99,98 %		104.715	
EWG Regensburg	- 3.273 WE	5,325 Mio DM	5,323 Mio DM = 99,96 %		197.386	
EWG Karlsruhe	- 5.646 WE	18,962 Mio DM	18,957 Mio DM = 99,98 %		270.461	
EWG Frankfurt	- 6.616 WE	25,033 Mio DM	25,026 Mio DM = 99,97 %		226.722	
EWG Mainz	- 4.388 WE	22,468 Mio DM	22,293 Mio DM = 99,22 %		200.740	
EWG Köln	- 8.088 WE	21,235 Mio DM	21,190 Mio DM = 99,79 %		338.545	
EWG Essen	- 8.954 WE	11,455 Mio DM	11,433 Mio DM = 99,81 %		595.313	
EWG Kassel	- 3.461 WE	5,790 Mio DM	5,784 Mio DM = 99,90 %		130.599	
Zusätzlich Treuhandbestände des BEV in Sachsen	- 8.888 WE				156.467	
Sachsen-Anhalt	- 1.711 WE				37.874	
Thüringen	- 1.693 WE				55.285	
Summe DAIG	63.756 WE				2.779.764 TDM	
Gesamtsumme	112.963 WE				5.100.000 TDM	

*) Weitere Gesellschafter sind / waren die regional zuständigen Sparda-Banken

Unternehmen	Stammkapital/ Grundkapital	Höhe der Bundesbeteiligung Weitere Gesellschafter	Käufer/Verkaufspreis für Bundesanteil in Euro	Verkaufsdatum
Aachener Bergmanns- siedlungsgesellschaft mbH	0,1 Mio. DM	50 % = 0,05 Mio. DM Eschweiler Bergwerks-Verein AG (25 %) Carolus Magnus GmbH (12,5 %) Sophia-Jacoba GmbH (12,5 %)	Eschweiler Bergwerk-Verein AG 32 000 000 DM	Dezember 1992/Januar 1993
NILEG Niedersächsische Gesellschaft für Landesentwicklung und Wohnungsbau GmbH	33 Mio. DM	20,15 % = 6,65 Mio. DM Land Niedersachsen (41,52 %) andere öffentl.-rechtl. Körperschaften und Ge- meinden (38,33 %)	Norddeutsche Landesbank 79 980 431 DM	Dezember 1994/Januar 1995
Gemeinnützige Deutsche Wohnungsbaugesellschaft mbH, Organ der staatlichen Wohnungspolitik, Berlin/Düsseldorf	50 Mio. DM	58,34 % = 29,17 Mio. DM Deutsche Bundespost (41,66 %)	Deutsche Grundbesitz Maneg- ment GmbH 1 234 280 962 DM	Oktober 1996
DSK Deutsche Stadtentwick- lungsgesellschaft mbH	20 Mio. DM	57,76 % = 11,55 Mio. DM Deutsche Bundespost (41,24 %)	Bankgesellschaft Berlin 16 919 596 DM	September 1997
Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft Bayern GmbH, Nürnberg	23 Mio. DM	25,08 % = 5,8 Mio. DM Freistaat Bayern (58,5 %) Bay. Landesbank (16,42 %)	Bayerische Landesbank 25 000 000 DM	Januar 1998
Heimstätte Rheinland-Pfalz GmbH, Organ der staatlichen Wohnungspolitik, Mainz	19 Mio. DM	25,81 % = 4,9 Mio. DM Land Rheinland-Pfalz (30,27 %) Provinzial-Feuervers.Anstalt Rhein (13,68 %) Bay. Landesbrandvers.Anstalt (10,53 %) Bay. Vers.Verbund (10,53) übrige ((9,18 %)	Deutsche Grundbesitz Maneg- ment GmbH 99 396 142 DM	Juli 1998
FSG Frankfurter Siedlungsges. mbH, Frankfurt	28,951 Mio. DM	72,65 % = 21,032 DM Land Hessen (13,68 %) Stadt Frankfurt (13,68 %)	Viterra AG 261 528 790 Euro	November 2001
GEWOBAG Gemeinnützige Wohnungs- bauges., Berlin (incl. Stiftung)	84,46 Mio. Euro	2,65 % = 2.24 Mio Euro Land Berlin (96,69 %) Stiftung (0,66 %)	Land Berlin 3 002 306 Euro	Dezember 2001

Unternehmen	Stammkapital/ Grundkapital	Höhe der Bundesbeteiligung Weitere Gesellschafter	Käufer/Verkaufspreis für Bundesanteil in Euro	Verkaufsdatum
LEG Saar Landesentwicklungsges. Saarland, mbH, Saarbrücken	1,84 Mio. Euro	25,28 % = 0,47 Mio. Euro SHS Strukturholding (56,11%) Andere (18,61 %)	SHS Strukturholding GmbH 1 239 883 Euro	Dezember 2002
WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH, Kassel	36,72 Mio. Euro	2,55 % = 0,88 Mio. Euro Land Hessen (72,52 %) Übrige Gesellschafter (20,73 %) Eigene Anteile (4,00 %)	Land Hessen 1 527 655 Euro	Juli 2003
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwick- lungsges.mbH, Frankfurt/M.	214,9 Mio. DM	6,99 % = 15,01 Mio. DM Land Hessen (40,72 %) Stadt Frankfurt (31,11 %) Übrige Gesellschafter (21,18 %)	Land Hessen 9 553 566 Euro	Juli 2003